



Lagerhalle der Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen in Magdeburg: In rund 15.500 Säcken sind zerrissene Akten der Staatssicherheit aufbewahrt; bisher wurden durch „Puzzeln“ erst zwei Prozent des Materials rekonstruiert.

Puzzeln für die Wahrheit

In der Zeit der Wende wurden vom DDR-Staatssicherheitsdienst Millionen von Schriftstücken zerrissen und unbrauchbar gemacht. 20 Jahre später soll neue Computertechnik die Rekonstruktion der Akten ermöglichen. Die Technische Universität Wien ist an der Software-Entwicklung beteiligt.

Die Ruhe in der großen Lagerhalle wirkt wie eine stille Anklage. Lange Gänge, gebildet von riesigen Regalen, beherbergen auf drei Etagen stumme Zeugen eines vor 20 Jahren untergegangenen Staates: In Magdeburg, auf dem Gelände der ehemaligen Bezirksverwaltung des Staatssicherheitsdienstes der Deutschen Demokratischen Republik (DDR), sind in einem gut gesicherten Bauwerk rund 9.000 Säcke verstaut. Sie beinhalten zerrissene Schriftstücke des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS), das im Herbst 1989 rund um den Fall der Berliner Mauer begonnen hatte, seine Aktenbestände zu vernichten.

Vierzig Jahre zuvor, am 7. Oktober 1949, war auf sowjetisch besetztem, deutschem Gebiet die DDR gegründet worden; ein Staat, der sich nach sowjetischem Vorbild als „Diktatur des Prole-

ariats“ verstand. Die Führungsrolle in der DDR kam der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) zu, andere Parteien hatten praktisch keinen Einfluss. Das MfS, im Februar 1950 eingerichtet, war das wichtigste Instrument der SED, um ihren Führungsanspruch zu sichern. Das Ministerium, „Staatssicherheitsdienst“ oder „Stasi“ genannt, hatte eine Fülle von Kompetenzen – es war politische Geheimpolizei, Inlands- und Auslandsnachrichtendienst sowie Organ für strafrechtliche Untersuchungen. Dabei unterstand es keiner Kontrolle durch das Parlament oder den Ministerrat. 1989 sollen über 91.000 hauptamtliche und etwa 189.000 inoffizielle Mitarbeiter (IM) für die Stasi tätig gewesen sein, die alle Lebensbereiche der DDR-Bürger zu überwachen trachteten. In „deutscher Gründlichkeit“ wurden vom Staatssicherheitsdienst

über alle Überwachungsschritte Akten angelegt und minutiös geführt. Um an Informationen zu gelangen, warb die Stasi auch inoffizielle Mitarbeiter an, die im Umfeld der Verdächtigen Spitzeldienste ausführten: Vorgesetzte, Kollegen, Freunde und sogar Familienmitglieder.

Im Herbst 1989, dem Jahr der Wende im Osten Europas, begann der Einfluss der SED in der DDR zu bröckeln. Die „friedliche Revolution“ führte am 9. November 1989 zur Öffnung der Mauer, die Ost- und Westdeutschland 28 Jahre lang geteilt hatte. Die Stasi erkannte die Bedrohung: Bereits drei Tage zuvor hatte der Minister für Staatssicherheit, Erich Mielke, den Kreis- und Objektdienststellen eine „Aktenreduzierung“ angeordnet – dienstliche Weisungen sollten vernichtet, Akten zu Überwachungs- und Repressionsmaßnahmen

an die übergeordneten Bezirksverwaltungen überstellt werden. In der Praxis wurde vielerorts sofort mit der Vernichtung aller Aktenbestände begonnen; die Arbeit in den Kreisdienststellen wurde dadurch beinahe lahm gelegt.

Die Zerstörungsmaßnahmen blieben nicht unbemerkt; Bürgerbewegungen besetzten ab Anfang Dezember 1989 Dienststellen des Staatssicherheitsdienstes, um die weitere Aktenvernichtung zu unterbinden. Am 15. Jänner 1990 wurde die Zentrale der Stasi in Berlin gestürmt. Bürgerkomitees und Repräsentanten der DDR-Führung bildeten „Runde Tische“, um über die Zukunft der DDR zu beraten und die Bewachung des Aktenmaterials zu gewährleisten. Dennoch wurde die Vernichtung von Akten und Karteien nicht überall sofort abgebrochen, denn eine flächendeckende Kontrolle war nicht möglich.

Ein Großteil magnetischer Datenträger mit personenbezogenen Computerdaten aus dem Rechenzentrum der Stasi wurde Anfang 1990 sogar mit Zustimmung des „Runden Tisches“ zerstört. Das zuständige Bürgerkomitee mutmaßte, dass die Daten auch in Papierform vorhanden sein müssten – gestützt auf Auskünfte von Spezialisten des DDR-Innenministeriums und Unterlagen der Staatssicherheit.

Sensibles Material wurde von der Stasi anfangs auf verschiedene Weise beseitigt – es wurde in den Reißwolf geworfen, verbrannt oder „verkollert“, also zu Papiermehl verarbeitet und mit Wasser zu einem Brei verührt. Die Reißwölfe stießen bald an ihre Grenzen: Es gab zu wenige, die bestehenden Modelle liefen heiß. Die Verbrennung von Akten in großem Stil dürfte mangels dafür geeigneter, unauffälliger Orte gescheitert sein. Schließlich wurden viele Unterlagen – vor allem „Handakten“ mit laufenden Vorgängen aus den Dienstzimmern – von den Mitarbeitern des Staatssicherheitsdienstes mit der Hand zerrissen und für den Abtransport in Müllsäcke verpackt.

Bei der Besetzung der Stasi-Dienststellen fanden Bürgerkomitees zahlreiche Behältnisse, die mit Papierfetzen, Karteikartenstücken, Foto- und Negativresten sowie Knäueln von Ton- und Filmbändern vollgestopft waren. Bei vielen dieser zerrissenen Unterlagen dürfte es sich um Vorgänge der letzten Jahre und Monate der DDR handeln – ihre Vernichtung sollte insbesondere in-



Gebäudereinigung - Winterdienst - Gründienst

Gründienst	Gebäudereinigung	Winterdienst
Vertikutieren	Büroreinigung	Schneeräumung
Rasen mähen	Stiegenhausreinigung	Schneeabtransport
Baumschnitt	Fensterreinigung	Tauwetterkontrolle
Heckenschnitt	Garagenreinigung	Streudienst

Knöllgasse 52, 1100 Wien
www.euroschnnee.at

Auch an Sonn- und Feiertagen



Tel. / Fax: 01/920 60 91
office@euroschnnee.at

24 Stunden
Hotline: 01/966 58 76



Dreicher Otto vorm. A. Szekely
Fliesenlegermeisterbetrieb
Hafner

Verkauf
Verlegung
Reparaturen

Service und
Instandhaltung
v. Kachelöfen

1160 Wien, Ottakringer Str. 43/6 (Eingang Huberg.)
Tel./Fax 01/403 85 47, Mobil 0664/394 77 30
E-Mail: otto.dreicher@aon.at
Homepage: members.aon.at/ottodreicher

DSD

Rechtsanwältin Dr.iur. Sabine Diener
Kirsteweg 86 A
1100 Wien
Tel.: 01/688 30 82
Fax.: 01/688 30 83
E-Mail: office.dsd@aon.at
Termine nach Vereinbarung



Tätigkeitsbereiche:

- Baurecht (alles rund um den Werkvertrag)
- Vergaberecht (öffentliche Ausschreibungen)
- Zivilrecht (u.a. Gewährleistung und Schadenersatz)
- Verwaltungsrecht (u.a. Baubewilligungs- und Verwaltungsstrafverfahren)
- Liegenschafts-, Nachbar- und Immobilienrecht

Direkte Verrechnung mit Rechtsschutzversicherung möglich.

offizielle Mitarbeiter vor Enttarnungen schützen und Belege über Repressionsmaßnahmen in der DDR beseitigen. Tausende von leeren Aktendeckeln zeigen, dass große Datenmengen vorhanden gewesen sein müssen. Die „Hauptverwaltung Aufklärung“ (HVA) der Stasi, die auslandsnachrichtendienstliche Abteilung, ging bei der Zerstörung ihrer Archivbestände besonders gründlich vor: Bis zu 90 Prozent, vor allem die Akten zur „West-Arbeit“, sollen vernichtet worden sein; die HVA wurde nicht wie der Rest des Ministeriums ab Jänner 1990 aufgelöst, sondern betrieb noch bis Juni 1990 ihre „Abwicklung“.

Die archivierte Hinterlassenschaft der Staatssicherheit ist dennoch gewaltig: Etwa zwei Drittel des über Jahrzehnte gesammelten Materials sind in den Archiven der Stasi-Dienststellen erhalten geblieben – insgesamt rund 112 Kilometer Schriftgut, 39 Millionen Karteikarten, 1,4 Millionen Bilder, 169.000 Film-, Video- und Tondokumente und 21.000 elektronische Datenträger. Die Aufbewahrung, Sichtung und Aufarbeitung kommt seit 1990 einem Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU) zu; am 29. September 2000 wurde die frühere DDR-Bürgerrechtlerin Marianne Birthler vom Deutschen Bundestag in dieses Amt gewählt. Ihre Behörde ist bis heute ungebrochen damit beschäftigt, die verbliebenen Unterlagen zu dokumentieren und wichtige Erkenntnisse über die DDR und den Staatssicherheitsdienst offen zu legen – die Behörde ist zugleich Archiv, Forschungs- und Aufarbeitungsinstitution.

Zehntausende Anträge auf Akteneinsicht gehen jährlich bei der Bundesbeauftragten ein.

In den Regalen stehen noch große Mengen zusammengebundener, nicht zuordenbarer Papierseiten. „Die Erfassung und Erschließung dieser Bündel stellt eine große Herausforderung dar; Vorrang hat die Herausarbeitung personenbezogener Inhalte“, sagt Jörg Stoye, Leiter der BStU-Außenstelle in Magdeburg. Zu Stoyes Außenstelle gehört die Lagerhalle, in der sich heute ein Großteil der Säcke mit zerrissenem Aktenmaterial befindet. Rund 15.500 Säcke sind es insgesamt, 9.000 davon liegen in Magdeburg. „Die Räumlichkeiten hier waren am größten, daher wurden die Aktenschnipsel aus der Berliner Zentrale nach Magdeburg gebracht“, erläutert Jörg Stoye. 6.000 der Säcke enthalten Material aus dem Berliner Zentralarchiv, 2.500 sind aus Magdeburg, 500 aus Gera. Die restlichen Säcke sind auf andere BStU-Außenstellen verteilt.

In der Anfangsphase der Tätigkeit der Stasi-Unterlagen-Behörde wurde jeder dieser Säcke – zu Beginn sogar knapp 16.000 – einmal grob gesichtet und nummeriert; völlig zerstörte Unterlagen wurden aussortiert, intaktes oder nur leicht beschädigtes Material teilweise umgebetet. Um spätere Rekonstruktionen zu ermöglichen, wurde in den Behältnissen die ursprüngliche Schichtung beibehalten. Schnell war klar, dass in den „Schnipselsäcken“ Informationen schlummern, die zur Aufdeckung von Unrecht in der DDR zugänglich gemacht werden müssen. Doch bei bis zu 3.000 zerrissenen Blättern pro Sack sind

das Überreste von 45 Millionen Schriftstücken. 1995 wurde zur Lösung des Problems eine Projektgruppe in der Stasi-Unterlagen-Behörde eingerichtet: „Es wurde erstmals versucht, aus Einzelteilen in den Säcken – wie bei einem Puzzlespiel – wieder ganze Seiten zu machen“, berichtet Andreas Petter, Leiter der Projektgruppe „Manuelle Rekonstruktion“ der BStU.

Bedienstete des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) in Zirndorf bei Nürnberg wurden der Bundesbeauftragten für die manuelle Rekonstruktion zur Verfügung gestellt. Seit dieser Zeit ist ein, zuletzt sukzessive kleiner werdendes Team in der einzigen Außenstelle der BStU auf ehemals westdeutschem Boden mit dem händischen Zusammensetzen von Aktenseiten beschäftigt. Der Inhalt von circa 400 Säcken wurde in den vergangenen 15 Jahren wiederhergestellt – geschätzte 900.000 Seiten. „Teilweise sitzt ein Mitarbeiter bis zu zwei Jahre an einem einzigen Sack“, sagt Andreas Petter. Die genaue Dauer hänge von vielen Faktoren ab. Wenn die Einzelteile nicht zu klein und gut zuzuordnen sind, könne ein Angestellter pro Tag etwa zehn Seiten zusammenfügen. Genauigkeit, Geduld, Kombinationsgabe und Geschicklichkeit sind notwendig, um Schnipsel von unterschiedlicher Qualität und Größe wieder zu DIN-A-4-Seiten zusammenzufügen.

„Manche Teile sind kaum größer als ein Fingernagel, da stößt man irgendwann an die Grenzen des Machbaren“, sagt Petter. Dazu kommt der Faktor Zeit: Nachdem seit 1995 erst rund zwei Prozent des Bestandes an zerrissenen

STASI-UNTERLAGEN-BEHÖRDE

Öffnung der Stasi-Akten

Die DDR-Volkskammer verabschiedete noch vor der Wiedervereinigung am 24. August 1990 ein Gesetz, das in Bezug auf Akten des Staatssicherheitsdienstes einen großzügigeren Zugang zu privaten Informationen vorsah. Durch eine Zusatzklausel zum deutschen Einigungsvertrag wurden die in der DDR beschlossenen Garantien zur Sicherung und kontrollierten Öffnung der Stasi-Akten in das mit 3. Oktober 1990 vereinte Deutschland übergeführt.

Ein Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes

der ehemaligen DDR wurde installiert; erster Bundesbeauftragter war der Bürgerrechtler Joachim Gauck. Am 29. Dezember 1991 trat das Stasi-Unterlagen-Gesetz (StUG) in Kraft. Mit dem Gesetz wurden die Stasi-Archive geöffnet – für Betroffene, Forschung und Medien. Auch die Justiz wurde damit bei Strafverfolgungs- und Rehabilitierungsverfahren unterstützt.

Opfer der SED-Herrschaft konnten erstmals offiziell ihre Akten anfordern, sofern diese vorhanden waren – ein Novum für Archivbestände der Geheimpolizei einer Diktatur. Die neue Behörde des Bundesbeauftragten für die Stasi-

Unterlagen nahm am 2. Jänner 1992 ihre Arbeit auf. Seither sind mehr als 6,5 Millionen Anträge und Ersuchen aller Art eingegangen. 2,7 Millionen Anträge kamen von Bürgern, die Auskunft, Einsicht oder Herausgabe von Akten verlangt haben. In weiteren 1,7 Millionen Fällen wurden Ersuchen zur Überprüfung von Mitarbeitern des öffentlichen Dienstes hinsichtlich einer allfälligen Stasi-Vergangenheit gestellt.

Nach dem Stasi-Unterlagen-Gesetz sind Opfer berechtigt zu erfahren, wer hinter den Decknamen von Stasi-Mitarbeitern steckt, die Informationen über sie gesammelt und verwertet haben.



Rekonstruktion von Aktenteilen: Ab Ende 1989 zerstörte die Staatssicherheit rund 45 Millionen Schriftstücke.

Dokumente wiederhergestellt wurden, würde es unter vergleichbaren Bedingungen mehrere hundert Jahre dauern, die restlichen Akten zu rekonstruieren. Eine Auslagerung der heiklen Puzzle-Arbeit in einen anderen Staat mit möglicherweise günstigeren Personalkosten wurde aus rechtsstaatlichen und Sicherheitsgründen nicht in Betracht gezogen.

Rekonstruktionsverfahren. Im Jahr 2000 beauftragte der Bundestag die BStU, „geeignete Verfahren zu erproben, mit denen die Rekonstruktion vorvernichteter Stasi-Unterlagen auf elektronischem Wege beschleunigt“ werden kann“. Eine Machbarkeitsstudie wurde ausgeschrieben, mit der geklärt werden sollte, ob und mit welchem Aufwand eine virtuelle Rekonstruktion der zerrissenen Unterlagen durchführbar wäre. Das Fraunhofer Institut für Produktionsanlagen und Konstruktionstechnik (IPK) in Berlin und die *Gesellschaft für beleglose Dokumentenbearbeitung mbH (GbD)* in Hamburg erhielten den Zuschlag und legten im Juli 2003 ihre Ergebnisse vor: Eine virtuelle Rekonstruktion der Aktenschnipsel im Laborverfahren sei technisch möglich, schneller und kostengünstiger als eine rein manuelle Rekonstruktion. Im Jahr 2007 entschied der Bundestag, auf Basis des vom Fraunhofer IPK entwickelten Prototyps ein Pilotverfahren zu starten, um die virtuelle Rekonstruktion in der Praxis zu erproben und damit die Zugangsmöglichkeiten zum Inhalt der zerrissenen Unterlagen zu beschleunigen. 6,3 Millionen Euro wurden dafür zur Verfügung gestellt. Das Pilotverfahren gliedert sich in zwei Phasen. In der Projektphase 1 werden die technischen und infrastrukturellen Voraussetzungen ausge-



Joachim Häußler: „In überschaubarer Zeit und zu angemessenen Kosten können Stasi-Akten wiederhergestellt werden.“

staltet, evaluiert und optimiert; Phase 2 ist die Testphase mit der Auswertung. „Wir befinden uns derzeit noch in Projektphase 1, spätestens Mitte 2012 wollen wir in die Phase 2 eintreten“, berichtet Joachim Häußler, Leiter der Projektgruppe „Virtuelle Rekonstruktion“ in der Stasi-Unterlagen-Behörde. Weltweit gab es keine technische Lösung, an der sich die BStU hätte orientieren können. „Wir haben hier Neuland betreten und das Interesse an dem Projekt ist international zu bemerken“, sagt Häußler. Bei erfolgreichem Ausgang könnten die Erkenntnisse der virtuellen Rekonstruktion auch in anderen Bereichen genutzt werden, sogar dreidimensional bei der Wiedererrichtung zerstörter Bauwerke.

Genauso viele Säcke, wie bislang manuell zusammengesetzt wurden, sollen im Rahmen des Pilotverfahrens nun virtuell bearbeitet werden. Unter der Leitung von Bertram Nickolay werden am Berliner Fraunhofer-Institut 400 Säcke mit Aktenschnipseln geöffnet, die Schnipsel eingescannt und zur besseren Haltbarkeit in säurefreien Archivboxen abgelegt; 700 bis 1000 Stück kommen in ein solches Behältnis. Mit Trennblättern werden die ursprünglichen Schichten aus den Säcken aufrechterhalten, um die Zuordnung zu erleichtern. Die Säcke, die aus Magdeburg oder einer anderen BStU-Außenstelle angeliefert werden, sind zu registrieren, um eine spätere Zuordnung zu den Archivboxen zu ermöglichen. Das Scannen der Fragmente funktioniert beidseitig und mit hoher Geschwindigkeit; die Teile werden als Bilddateien in einer Auflösung von 300-400 dpi abgespeichert. Um nichts durcheinander zu bringen, werden zum Scannen durchsichtige Folien über die Schnipsel gelegt. Da bei zerris-



Ständige Aufarbeitung: In den früheren Stasi-Archiven lagern 112 Kilometer Schriftgut.

senen Seiten die Kanten auf der Vorder- und der Rückseite des Blattes in der Regel etwas unterschiedlich sind, muss zum virtuellen Zusammensetzen der Teilchen auf eine Vielzahl an Kriterien zurückgegriffen werden. In einem multimodalen Ansatz werden Konturen, Schriftarten (Handschrift, Maschinschrift), Linienverläufe und Papierfarben analysiert und alle Einzelteile mit Attributen versehen.

Die Software-Module zur Verarbeitung der Textur und der Linierungen stammen von der *Technischen Universität (TU) Wien*. „Wir sind ein Subkontraktor des Fraunhofer-Instituts, der spezifizierte Programme entwickelt und nach Berlin liefert“, sagt Robert Sablatnig, Universitätsprofessor und Vorstand des Institutes für Rechnergestützte Automation an der Fakultät für Informatik. Bei der Analyse der verschiedenen Attribute der Papierschnipsel werden physikalische Methoden wie die Spektralanalyse angewendet. Liniertes und kariertes Papier haben unterschiedliche Eigenschaften. Bei der Schriftenanalyse wird die Ausrichtung des Schriftbildes ermittelt und die Zeichen werden punkteförmig geclustert. „Abhängig vom Material haben wir derzeit eine Erkennungsrate von 90 bis 96 Prozent. Das ist nicht schlecht, aber noch nicht ausreichend. Daher arbeiten wir ständig an weiteren Verbesserungen“, so Sablatnig. Je mehr eingescannte Teilchen vorliegen, desto leichter werde die Erkennung. „Wir müssen genügend Metadaten produzieren, um die Unterlagen entsprechend erschließen zu können“, stellt Andreas Petter von der BStU fest.

Die Zusammenarbeit der TU Wien mit dem Fraunhofer IPK geht auf das Jahr 2008 zurück. Das Institut für

Rechnergestützte Automation konnte zu diesem Zeitpunkt bereits auf Erfahrungen bei der virtuellen Dokumentenanalyse zurückgreifen. Nach dem Einscannen der Aktschnipsel untersucht die Software die verschiedenen Charakteristika der Teilchen und sortiert sie; der Suchraum ist zurzeit auf vordefinierte Schichten begrenzt, da davon ausgegangen wird, dass sich in diesen am ehesten zusammengehörende Stücke befinden. Das Fraunhofer IPK hat berechnet, dass mindestens 80 Prozent der Schnipselmengen automatisiert zu Seiten zusammengefügt werden könnten; der Rest erfolgt durch menschliche Puzzlearbeit am Bildschirm, wobei die Software verschiedene Varianten anbietet. „Ein Rechner kann nicht alles machen, wir müssen auch auf die Qualitätssicherung achten. Wenn ein Teilchen einmal irrtümlich in einem falschen Dokument eingebaut ist, fehlt es später woanders“, sagt Andreas Petter.

Am Ende des Prozesses stehen auf dem Bildschirm zusammengesetzte Blätter – möglicherweise nicht optimal ausgerichtet, aber dennoch klar erkennbar. „Man muss es lesen können“, meint Prof. Sablatnig. In der Projektphase werde in Kauf genommen, dass nicht alle Seiten perfekt aussehen. Derzeit ist mit der Teilchenerkennung keine automatische Texterkennung verbunden. Lediglich Bilddateien werden miteinander verglichen. „Nach allen bisherigen Erkenntnissen zeigt sich, dass die virtuelle Rekonstruktion in überschaubarer Zeit und zu angemessenen Kosten in der Lage ist, Akten wiederherzustellen“, bemerkt Projektgruppenleiter Joachim Häußler. In der zweiten Projektphase werden die rekonstruierten Seiten rechnergestützt ausgewertet und sollen



Jörg Stoye mit Schnipselsäcken: „Die Erfassung und Erschließung ist eine große Herausforderung.“

zu Dokumenten oder Vorgängen zusammengesetzt oder bereits bestehenden Akten zugeordnet werden. „Hier wird die Hauptlast auf den Archivaren liegen“, betont Andreas Petter. Denn nur sie können beurteilen, welchen Wert die rekonstruierten Seiten tatsächlich haben und ob bereits bestehendes Wissen dadurch verändert wird.

Der Prozess der „Formierung“ sei ein „Puzzeln auf intellektueller Ebene“, denn die Lösung des Problems, welche Unterlagen eine Sachgemeinschaft bilden und ob tatsächlich ein Akt daraus werden könnte, bleibt den Archivaren vorbehalten. Wie lange die auf das Scannen und Zusammensetzen folgende Phase der Formierung und Auswertung dauert, sei daher schwer zu sagen. „Selbst bei der schnellsten virtuellen Rekonstruktion kann es bei den Archivaren letztlich wieder zu einem Flaschenhals kommen“, erläutert Petter. Das Pilotverfahren soll den quantitativen und qualitativen Mehrwert der am

Computer zusammengesetzten Dokumente zeigen und dem Bundestag eine Entscheidungsgrundlage über den Fortgang der virtuellen Rekonstruktion liefern. Die manuelle Rekonstruktion wird nach Einschätzung Petters trotzdem nicht aufhören – gerade bei größeren, leicht zusammensetzbaren Teilen wird weiter der Mensch eingesetzt werden. „Wahrscheinlich werden wir in Zukunft aber kaum mehr als zehn Prozent händisch machen.“ Schon die manuelle Rekonstruktion hat gezeigt, dass in zerstörten Akten der Stasi wichtige Erkenntnisse verborgen sind. Mit wieder zusammengesetzten Dokumenten konnten verschiedene inoffizielle Mitarbeiter aus Ost- und Westdeutschland enttarnt werden, darunter ein Thüringer Landesbischof und ein Hochschuldozent aus Kassel. Auch Verbindungen zwischen der „Roten Armee Fraktion“ (RAF) und der Stasi konnten belegt werden. In verschiedenen Fällen zeigten wiedergewonnene Aktenteile das genaue System von Überwachungs- und Eingriffsmaßnahmen des Staatssicherheitsdienstes, etwa bei der Bespitzelung und Verfolgung von DDR-Oppositionellen wie Jürgen Fuchs oder Robert Havemann.

„Es ist möglich, dass es auch in Zukunft die eine oder andere Sensation oder sensationelle Enthüllung geben könnte, aber vielleicht nicht mehr in der großen Menge“, sagt die Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen Marianne Birthler. „Es gibt nach wie vor intensives Fragen und das hat die von Enthüllungen dominierte Debatte der neunziger Jahre abgelöst, obwohl es immer noch so ist, dass Einzelfälle für eine Schlagzeile oder eine heiße Debatte gut sind – vor allem, wenn es sich um Personen handelt, die eine öffentliche Rolle spielen.“

Gregor Wenda

STAATSSICHERHEIT

Macht und Grenzen

Die DDR orientierte sich politisch, wirtschaftlich und kulturell an der Sowjetunion. Partei und Staat wurden zentralistisch gelenkt; die Volksvertretung besaß nur nachrangige Bedeutung. Der Staatssicherheitsdienst, das „Schild und Schwert der Partei“, wurde ab dem gescheiterten Volksaufstand vom 17. Juni 1953 zunehmend als politische Geheimpolizei eingesetzt. Nach dem Bau der Berliner Mauer 1961, die vor allem

zur Eindämmung der Abwanderung von DDR-Bürgern in die Bundesrepublik Deutschland diente, lag ein Schwerpunkt auf der Verhinderung von „Republikfluchten“. Neben der Stasi-Zentrale in Berlin wurden in allen 15 Bezirksverwaltungen, 209 Kreisdienststellen und sieben Objektdienststellen der Stasi Ermittlungen geführt. Nicht immer steckte aber die Stasi hinter Repressalien. Auch andere Organisationen im SED-Staat, etwa Parteigruppierungen, betriebliche Strukturen oder die

Polizei wirkten auf die Bürger ein. „Die flächendeckende Arbeit des MfS bedeutete keineswegs, dass über jeden eine Akte angelegt und eine lückenlose Biografie geführt wurde“, heißt es im neunten Tätigkeitsbericht der Stasi-Unterlagen-Behörde aus dem Jahr 2009. „Die Staatssicherheit hat den Nimbus der Allmacht gepflegt, aber teilweise war gar nicht das Personal für eine vollständige Überwachung vorhanden“, berichtet Jörg Stoye, Leiter der BStU-Außenstelle Magdeburg.